

Zeitung der Anarchosyndikalistischen Jugend Berlin

- Nr. 4 - August/September 2011 -



Wahllos glücklich?!

Sind wir wirklich so wahllos glücklich oder können wir auch wahl-los glücklich sein?

Dieses Jahr ist es mal wieder so weit: Am 18. September geht alle Macht vom Berliner Volke aus... es sind nämlich Wahlen in der Stadt. Allerdings kommen doch hin und wieder Fragen auf, ob z.B. Wahlen, immerhin das „wichtigste Instrument der Mitbestimmung in der heutigen Demokratie", wirklich den Willen von jeder und jedem im Einzelnen widerspiegeln können.

Auch einige aktive Jugendliche aus Berlin und Umgebung, die bei so einigen Parteibeschlüssen gemerkt haben, dass sie sich nicht vertreten fühlen, haben sich diese und weitere kritische Fragen gestellt und ausdiskutiert. Auf Grundlage dessen entstand die „Wahllos glücklich?!" Kampagne. Wir, die diese Kampagne initiiert haben, wollen damit einen Beitrag leisten, Wahlen, ihre Auswirkungen und den Wahlkampf einmal etwas kritisch zu durchleuchten. Durch öffentliche Aktionen und eine Broschüre die, in diesem Rahmen verteilt wird, möchten wir schon häufig gestellte Fragen zur RepräsentantInnenpolitik und dazugehörigen Themen aufgreifen, um herauszufinden, wie wir zu den diesjährigen Wahlen stehen, beziehungsweise was und ob wir uns etwas von ihnen erhoffen können.

Rückblickend auf die letzten Jahre und die letzte Wahlperiode stellen wir uns und euch die Frage, ob wir wirklich so wahllos glücklich sind, ob wir uns durch „unsere RepräsentantInnen" vertreten fühlen können und ob wir guten Gewissens unsere Stimme am Wahltag abgeben können.

Deshalb wollen wir mit euch, denen es vielleicht ähnlich geht, über Alternativen diskutieren und neue Denkanstöße geben, um dieses dumpfe Gefühl der Machtlosigkeit zu ergründen und zu überwältigen. Ein großer Bestandteil der Kampagne ist die von uns erstellte Broschüre, mit Texten, welche aus unseren Diskussionen entstanden sind. Von der Gegenüberstellung der Wahlprogramme über Betrachtung der Wahlkampfstrategien bis hin zu alternativ Vorschlägen gibt es viele interessante Artikel zu lesen. Selbstverständlich ist die Broschüre kostenlos und auch auf unserem Blog zum Download verfügbar. Doch treten wir auch mit Infoständen und weiteren Aktionen in die Öffentlichkeit. So gab es z.B. ein wahlkritisches Graffiti-Stylebattle im Mauerpark und kurz vor den Wahlen wird es noch eine große Podiumsdiskussion zu den Themen Selbstorganisation, Gentrifizierung, Arbeitskampf und Bildung geben. Es folgen noch weitere Aktionen, wie eine Kiezcorner und ein Openmic, also haltet die Augen offen und schaut ab und zu auf unsere Seite, um auf dem laufenden zu bleiben.

wahllos.blogsport.de

Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten... (Kurt Tucholsky)

Und wieder einmal ist es so weit: In die Straßen von Berlin kann man keinen Fuß mehr setzen, ohne von einem oder einer ach so freundlichen oder kompetenten PolitikerIn angeblickt zu werden. Daneben Wahlversprechen, die so überzeugend sein könnten, wären sie nicht schon allzu oft enttäuscht worden, und Verteufelungen der Konkurrenzparteien.



Ja, die Wahlen stehen vor der Tür, am 18. September finden in Berlin sowohl die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, als auch zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Wir, als AnarchosyndikalistInnen sind uns sicher: Wahlen verändern nichts, Wahlen nehmen uns nur die Mündigkeit, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen! Deswegen sind wir auch dieses Jahr in einem Bündnis, dass sich kritisch mit Wahlen an sich und am Beispiel Berlin im speziellen auseinandersetzt. Eine genauere Vorstellung lest ihr auf Seite 1 und ein Plädoyer fürs ungültige Wählen auf Seite 3.

Ihr Schicksal selbst in die Hand genommen, das haben die AsylbewerberInnen bei Hennigsdorf, in ihrem Kampf um Bargeld und gegen das Gutscheinsystem. Und wo der Kampf noch nicht begonnen hat, vielleicht wird er es ja jetzt, wo viele in ein neues Ausbildungs- bzw. Schuljahr starten, um endlich die eigenen Interessen durchzusetzen, sei es in der Schule oder im Minijob, der für so viele Jugendliche Alltag ist. Ein anderer Grund, den Kampf zu beginnen, sind die rechtspopulistischen Parteien, die überall aus dem Boden sprießen, und denen gerade jetzt im Wahlkampf, eine weitere Plattform geboten wird. Auch Breivik, derjenige, der die erschütternden Attentate in Oslo Ende Juli beging, war zeitweise Mitglied einer rechtspopulistischen Partei. Ganz in dem Sinne, die Geschehnisse auch gesamtgesellschaftlich zu beleuchten, der Artikel auf Seite 9.

In diesem Sinne: auf zu neuen Taten, auf zum Kampf mit frischer Energie, gerade jetzt nach dem Sommerloch!

Nicht wählen

An dieser Stelle soll ein Plädoyer für das Nicht-Wählen abgegeben und gängige Argumente dagegen widerlegt werden.

Ein typisches Argument für das Wählen ist Folgendes: „Mit deiner Stimme kannst du etwas verändern. Wenn du das nicht wahrnimmst, trägst du dazu bei, dass alles so bleibt, wie es ist.“ Doch wie schon Tucholsky sagte: „Wahlen verändern nichts, sonst wären sie verboten.“ Verändert wird zwar die personale Repräsentanz der Abgeordneten, sonst aber nicht viel. Die großen Regierungsparteien, die hierzulande etwas zu sagen haben, nähern sich in ihrer Programmatik immer mehr an. Unterschiede zwischen den großen Parteien wie CDU, SPD, FDP, Grünen oder der Linken sind nur noch marginal und aus der Geschichte der jeweiligen Partei heraus zu erkennen. Grundsätzlich bleibt die Politik allerdings mehr oder weniger dieselbe, denn zum obersten Ziel der Partei ist es geworden, in der Regierung zu sitzen und dort möglichst viel zu sagen zu haben. Machterhalt und –ausbau sind also das Hauptziel von Parteien geworden, seien sie nun rot, grün, violett oder grau.

Steuersenkungen und andere Privilegien gibt es meist nur für diejenigen, die sowieso schon viel besitzen. Für Mensch Meier macht die Parteienlandschaft dagegen immer weniger. Insgesamt werden politische Parteien also immer wirtschaftsfreundlicher und handeln somit nicht im Sinne der ArbeitnehmerInnen. Mit einem Blick in die Vergangenheit sieht man, dass die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch keine Partei aufgehalten, geschweige denn ganz abgeschafft werden konnte. Was in der Politik ausgehandelt wird, sind in erster Linie Macht- und Eigentumsverhältnisse. Wer keine Macht oder Eigentum besitzt, bekommt also auch nichts vom “Kuchen” ab. Schon allein aus diesem Grund ist repräsentative Demokratie alles andere als gerecht. Auch in die Programmatik der Parteien können sich nur langjährige Mitglieder mit einer gehörigen Portion Opportunismus einmischen. Einzelpersonen oder Gruppen, die sich nicht von einem festen Konzept einer Partei in ihren Ideen einschränken lassen wollen, können sich also nicht einbringen und somit in einem parteipolitischen Zusammenhang auch nicht viel verändern.

Viele Menschen gehen auch zur Wahl, um Parteien wie der NPD Einhalt zu gebieten. Der Gedanke dabei ist, lieber irgendeine andere Partei zu wählen, damit beispielsweise die NPD nicht an Gewicht gewinnen kann.



Was bei dieser Argumentation allerdings vergessen wird, ist, dass die Politik der gewählten Parteien in den vier Jahren Regierungszeit nicht kontrolliert werden kann. Das sogenannte „geringere Übel“ kann also in der Regierungszeit leicht genauso rassistische, sexistische und ungerechte Politik machen wie die Partei, die man verhindern will. Es gibt schließlich genug Beispiele, die beweisen, dass Parteien nicht immer das umsetzen, was sie vor der Wahl versprechen. So zeigt sich unter anderem an den Zuständen in den deutschen Flüchtlingslagern und der Asylpolitik, wie menschenverachtend auch die etablierten Parteien handeln. Es gibt für die Wählenden also während der Legislaturperiode keine Kontrollmöglichkeit gegenüber der Politik. Ein anderes Vorurteil bezichtigt Nicht-WählerInnen desinteressiert und politikverdrossen zu sein. Dabei bedeutet Wahlboykott nicht unpolitisch zu sein – im Gegenteil! Man kann sich in einem solchen System nur alle vier Jahre ins politische Geschehen einmischen. Zwischen den Wahlen sind Partizipationsmöglichkeiten gering und nur im parteipolitischen Kontext denkbar. Menschen können sich aber vielfältig politisch engagieren, ohne StellvertreterInnen für ihre eigenen Meinungen wählen zu müssen. Ganz nach dem Motto: Ich weiß selbst, was ich will und brauche niemanden dafür zu delegieren, meine Interessen kundzutun.

Anstatt für unsere eigenen Interessen einzutreten, geben wir mit Stimmzettel und Urne das „Ja“ zur Entmündigung ab. Machen wir das nicht, bleiben wir selbst verantwortlich für uns und unsere Umwelt und können dort auch unseren Teil beitragen. Ein Beispiel sind Kiezinitiativen als eine Organisationsform, die abseits der repräsentativen Demokratie funktioniert. Wenn alle Stricke reißen, bedienen sich die meisten überzeugten WählerInnen der „wenn du nicht zur Wahl gehst, dann meckere auch nicht“ – Argumentation. Diese ist allerdings total unschlüssig, denn den Menschen, die zur Wahl gegangen sind, kann man viel eher vorwerfen, dass „alles beschissen ist und sich nichts ändert“ als denen, die bei der Farce namens „Wahl“ nicht mehr mitspielen wollen. Um etwas zu ändern, sollten sich die Menschen besser anderer politischer Organisations- und Ausdrucksmittel bedienen, mit denen sie sich selbst repräsentieren können.

Alle paar Jahre zur Wahl zu gehen und die eigene Stimme für das „geringste Übel“ abzugeben, ist also nicht sinnvoll, sondern legitimiert vielmehr immer aufs Neue eine höchst ungerechte Form der Politik. Es gibt so viele Themen, bei denen man sich einbringen kann. Wir sollten es nicht PolitikerInnen überlassen, das für uns zu tun, sondern selbst aktiv werden! Da hast nicht nur du mehr davon, sondern auch der Rest der Gesellschaft!

★

No Gutschein!

Für wen gelten die Menschenrechte?

1,36 € pro Tag für Fahrscheine, Telefon, Zeitung, Anwalt und Kultur, ein Gutscheinheftchen für Lebensmittel, Klamotten aus der Kleiderspende und Wohnen weitab von... nun ja, eigentlich Allem.

Zusammengeschraubt von einer Koalition von CDU/CSU und FDP bestimmt das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) seit 1993 den Alltag einer Vielzahl von in der Bundesrepublik lebenden Flüchtlingen. Aufgrund einer hohen Zuwanderung von Flüchtlingen Anfang der 90er Jahre sahen sich die regierenden Parteien in der Pflicht, Deutschland vor „SozialschmarozerInnen" zu schützen und ein Gesetz zu erlassen, welches erstmals einen Personenkreis von MigrantInnen definierte, der Sozialleistungen nicht nach dem eigentlich bestehenden Bundesgesetz beziehen sollte, sondern nach einem eigens geschaffenen Leistungsprinzip.

Hauptaugenmerk lag dabei auf der verfassungsrechtlichen Garantie des Existenzminimums, wobei 'Existenzminimum' ein sehr dehnbarer Begriff zu sein scheint und die bereitgestellten Leistungen den vorhanden Bedarf bei Weitem nicht decken; 40,90 € „Taschengeld" pro Monat für Erwachsene, etwa die Hälfte für Kinder bis 14 Jahre. Der Rest, der zum Leben benötigten Mittel (Unterkunft, Hausrat, Ernährung, Kleidung, Körperpflege), wird in Essenspaketen, Kantinenessen oder in Form von Gutscheinen ausgegeben. Das Problem dabei ist, dass die Gutscheine nur in wenigen meist teuren Geschäften eingelöst und in ihrem Wert nicht auf verschiedene Einkäufe aufgeteilt werden können. Man bekommt höchstens 10% des Gutscheinwertes als Rückgeld ausgezahlt und ist somit gezwungen, mit beispielsweise einem 10€-Gutschein auch für 10 € einzukaufen, selbst wenn bloß ein Päckchen Zucker benötigt wird. Sachleistungen wie Essenpakete weisen oft einen erheblichen Qualitätsmangel auf, sind nicht ausreichend, geschweige denn an persönliche Bedürfnisse angepasst.

Bemerkenswert: Obwohl die Bundesregierung im März 2010 einräumte, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle Menschen universale Geltung hat, sind die Geldleistungen für AsylbewerberInnen im Vergleich um ca. 38% geringer. Flüchtlinge also gleich Menschen zweiter Klasse? Das könnte man sich auch fragen, wenn man einen Blick auf die medizinische Versorgung wirft: Das Sozialamt übernimmt die Kosten der Krankenbehandlung lediglich, wenn ein Flüchtling an einer Erkrankung leidet, die akut, akut behandlungsbedürftig, mit Schmerzen verbunden oder die Behandlung zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich ist (d.h. ohne eine Behandlung drohen nicht wieder gut zu machende gesundheitliche Schäden).



Geduldeten Flüchtlingen bekommen auch keine Arbeitserlaubnis ausgestellt, was sie in die Erwerbslosigkeit zwingt. Zusammen mit der z.B. in Berlin ohnehin hohen Arbeitslosigkeit kommt das einem faktischen Arbeits- und Ausbildungsverbot gleich, unabhängig von der Aufenthaltsdauer in Deutschland.

Hinzu kommt die gesetzlich geregelte Residenzpflicht, die „räumliche Beschränkung des Aufenthalts" von Asylsuchenden, die es verbietet, sich außerhalb des Landkreises aufzuhalten, in dem man lebt. In einigen Bundesländern wurde die Residenzpflicht theoretisch gelockert. Praktisch sieht das anders aus. Die diskriminierenden Antragsprozeduren bestehen weiterhin: Um die Landkreise verlassen zu dürfen, müssen Urlaubsscheine oder eine Verlassenserlaubnis eingeholt werden, teilweise wird eine Gebühr von 10 € verlangt, um selbiges auszustellen. Oftmals werden die Anträge sogar unbegründet abgelehnt.

Holger Stahlknecht (CDU) argumentiert mit der Mitwirkungspflicht, so sichere die Residenzpflicht eine kurzfristige Erreichbarkeit der/des AsylbewerberIn, um das Asylverfahren zu beschleunigen oder eben um eine mögliche Abschiebung zeitnah durchsetzen zu können. Polizeikontrollen nach dem Fahndungsraster „racial profiling" (verdachtsunabhängige Personenkontrollen aufgrund von Hautfarbe, Sprache, unterstellter Herkunft und Religion, sprich vermeintlich nicht-deutsches Aussehen/Auftreten) sind an der Tagesordnung. Law & order, Kontrolle & Abschiebung?

In den letzten Jahren haben die meisten Bundesländer vermehrt begonnen, Leistungen in Form von Bargeld auszuzahlen und anstatt der Unterbringung in Sammelunterkünften das Mieten von Wohnung zu erlauben. Dass das geschieht ist prinzipiell durchaus positiv zu bewerten, jedoch ist der Grund dafür nicht etwa die Menschenliebe der zuständigen Behörden, sondern der mit dem Sachleistungsprinzip einhergehende Verwaltungsaufwand sowie die dadurch entstehenden Mehrkosten.

Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland scheinen jedoch noch auf Tradition zu setzen und führen das Sachleistungsprinzip munter fort. In Brandenburg ist man sich da nicht so ganz einig. Die meisten Landkreise sind auf Bargeldauszahlungen umgestiegen, Oberhavel gehört nicht dazu. Das hat eine ganze

Weile funktioniert. Bis die Betroffenen die Umstände nicht mehr als gegeben hinnehmen wollten und anfingen, ihnen entgegenzutreten. So gibt es seit einigen Jahren einen Antira-Einkauf, wo mit den Gutscheinen eingekauft wird, und den Flüchtlingen das Bargeld ausgezahlt wird (Initiative united against racism and isolation: uri.blogsport.de).

Um grundsätzlich etwas verändern zu können, reicht das jedoch nicht aus. So boykottierten ungefähr die Hälfte der BewohnerInnen der Sammelunterkunft Stolpe-Süd bei Hennigsdorf vor allen Dingen im Juni, aber auch im Juli die Wertgutscheine. Die Gutscheine sind ein diskriminierendes Instrument, dass den damit zahlenden Menschen bei jedem Einkauf als EmpfängerIn von Sozialleistungen outet und Vorurteile gegenüber MigrantInnen weiter anheizt. Noch viel gravierender sind allerdings die Einschränkungen bei der Auswahl der Produkte. Gegenstände des alltäglichen Bedarfs wie Fahrräder, Bücher, Spielzeug, CDs, Medikamente, Alkohol, Zigaretten, Fahrkarten, Eintrittskarten fürs Kino etc. sowie den Friseurbeusch und die/den AnwaltIn kann man nicht mit Gutscheinen bezahlen. Die Aufzählung ist lange nicht vollständig.

Wie kommt man also ohne Geld für Tickets und Residenzpflicht zu seiner/m AnwaltIn in Berlin, die/der eine/n beim Asylverfahren vertritt?

Unter dem Motto „Wieviel sind 62% von Menschenwürde?" wurde der Streik am 1. Juni, dem „Zahltag", begonnen. Unter Rufen wie „No Gutschein" wurde der monatlichen Gutscheinausgabe eine klare Absage gemacht, die Heimleitung war sichtlich überrascht.

Mit Hilfe von Geld- und Sachspenden (siehe Foto) konnte eine Alternativversorgung gestellt werden. Eine Reihe von Aktionen wie Demonstrationen/Kundgebungen,Informationsveranstaltungen,unzählige Solidaritätserklärungen und ein Appell „Bargeld statt Gutscheine" an die Kreistagsabgeordneten folgte.

Sowohl der Kreistag Oberhavel als auch das Land Brandenburg haben die Umstellung auf Bargeld empfohlen. Doch die Verwaltung, Landrat Schröter und Sozialdezernent Garske stellen sich quer. Siegurd Heinze, Landrat von Oberspreewald-Lausitz äußert sich gemäß der gängigen rassistischen Praxis: „Eine Umstellung auf Bargeldgewährung wäre mit dem gegenwärtigen Grundgedanken des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht vereinbar". So verteidigt auch Schröter die Vergabe von Gutscheinen, im AsylbLG stehe, dass AsylbewerberInnen vorrangig Sachleistungen zu gewähren sind. Sein Zugeständnis war die Erhöhung des Bargeldanteils von rund 40 um rund 35 €, nachdem die Boykottierenden ihren Protest im Juli unter dem Motto „Yes, you can! – Ja, Sie können Bargeld auszahlen!" weitergeführt haben.

Im August wird der Boykott von 10 Flüchtlingen stellvertretend für alle fortgeführt. Zur Veranschaulichung der Problematik wurden vor dem Heim Gegenstände aufgetürmt, die nicht mit Gutscheinen erworben werden können. Abzuwarten, wie es im September weitergeht. Dann soll der Boykott nach der Sommerpause wieder aufgenommen werden. Wir dürften mit vielen bunten Aktionen rechnen, die tatkräftig unterstützt werden sollten!

Das AsylbLG sah seine Hauptaufgabe darin, eine „Migrationswelle" zu stoppen, welche vor allem Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien „heranspülte". Selbiges befand sich zu dem Zeitpunkt bereits seit Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg mit tausenden Toten. Allerdings schien das noch nicht genug Blut zu sein, um die Opfer des Konfliktes auch als diese anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit eines Lebens in einem gesicherten Umfeld ohne Verfolgung und Gewalt zu gewähren. Obwohl keine Rückkehrmöglichkeit ins Herkunftsland bestand, wurde 95% der damals um Asyl ersuchenden Menschen nicht als berechtigt anerkannt und der Großteil lediglich mit einem Duldungsstatus versehen, der mit der ständigen Angst einhergeht, von einem Tag auf den anderen abgeschoben zu werden.

Nächster Antira-Einkauf: Freitag, 9. September, 17 Uhr in Hennigsdorf (Anmeldung und Infos: antira.einkauf@web.de)

Weitere Infos und Ankündigungen: gutscheinboykott.blogsport.eu

So soll meine wilde Jugend sein!

oder: Wie aus Protest Widerstand erwächst – Syndikalismus an die Schulen!

In der ersten Ausgabe des Schwarzen Kleeblatts veröffentlichten wir einen kritischen Artikel zu den recht häufig stattfindenden „Bildungsstreiks". In ihm wird bemängelt, dass diese trotz aller Öffentlichkeitswirksamkeit kein geeignetes Medium zur Veränderung unser Lernverhältnisse darstellen. Ihnen fehlt es an tatsächlichen Druckmitteln in den einzelnen Schulen selbst. Es wird neben der Protestsymbolik fast ausschließlich auf parlamentsähnliche Verhandlungen einiger „VertreterInnen" gesetzt, die alles andere als kämpferisch und effektiv sind. Daher wollen wir nun Perspektiven aufzeigen, wie die Unzufriedenheit der SchülerInnen und ihre teilweise sehr konkreten Wünsche nach Verbesserung selbstorganisiert in die Tat umgesetzt werden können.

In dem vorangegangen Artikel wird ebenfalls festgestellt, dass sich die grundsätzliche Fremdbestimmung unserer Bildungsverhältnisse aus der grundsätzlichen Fremdbestimmung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer bestehenden Gesellschaftsordnung ergibt. Selbstbestimmt können wir erst dann lernen, wenn auch „unsere Eltern" selbstbestimmt arbeiten. Mit möglichst wenig Kostenaufwand soll uns in der Schule neben Wissen vor allem auch vermittelt werden, wie wir uns vorgesetzten Personen gegenüber, wie etwa LehrerInnen, zu verhalten haben und dass wir uns im ständigen Wettbewerb zu anderen SchülerInnen befänden. Dieses Prozedere soll uns zu einem loyalen und egoistischen Angestelltendasein erziehen. Nur die Leistung, „der

Kampf" eines/r jeden Einzelnen für sich, kann aus Sicht der Herrschenden ein Schlüssel zu (persönlicher) sozialer Besserstellung sein. Der kollektive Interessenkampf der Beherrschten und Betroffenen für kollektive Besserstellung hingegen wird – als Gefahr für die bestehenden politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse – von staatlich-schulischen Wegen natürlich nie angesprochen. Dabei birgt nur er die Möglichkeit, grundlegende und andauernde Verbesserungen für alle zu erzielen. Doch wie kann ein kollektiver Kampf aussehen? Seine drei Grundpfeiler: „Selbstorganisation, direkte Aktion und Solidarität" möchten wir in diesem Artikel unter Bezugnahme auf den Schulalltag etwas genauer beleuchten...

Bevor irgendwelche Aktionen durchgeführt werden, solltet ihr euch – so gut es geht – mit euren MitschülerInnen nicht nur einmal zusammensetzen, um eure Anliegen bzw. Vorgehensweisen zu besprechen. Denn einer Aktion geht immer ein weiterer Aspekt voraus, der entscheidend ist für den kollektiven Kampf: die Selbstorganisation.

Kommt ins Gespräch miteinander und findet gegenseitig heraus, wo eure Unzufriedenheiten liegen. Macht dann regelmäßige Treffen aus, um so gemeinsam Lösungsansätze auszuarbeiten. Jede/r SchülerIn hat dabei das gleiche Rede- und Mitbestimmungsrecht. Ihr braucht keine Vorsitzenden oder Ähnliches, da ihr euch als Betroffene um eure Angelegenheit selbst besser kümmern könnt, als irgendjemand sonst. Müssen doch einmal wichtige Aufgaben übernommen werden – ob regelmäßig oder einmalig – bei denen es praktischer ist, wenn sie einzelne Personen durchführen, so müssen diese immer nach dem Willen aller Betroffenen, also nach dem Willen der Basis handeln und regelmäßig Rückmeldung über ihren Arbeitsstand abgeben. Passiert das nicht, so können beauftragte Personen von der Basis abgewählt und neu besetzt werden. Die Selbstorganisation ist sozusagen der Rahmen für eurer direkt aktionistisches Vorgehen, sie ist die Struktur, die die Beständigkeit des Kampfes, die Bündelung und Vernetzung aller kämpfenden Kräfte gewährleisten soll. Sie bietet mehr Freiheit und Selbstbestimmung, als es eine Demokratie je tun könnte. Entscheidend ist dabei vor allem, dass wir selbst direkt zur Tat schreiten, und die Erfüllung unserer Bedürfnisse nicht mehr Verhandlungen durch X-beliebigen VertreterInnen in die Hände legen. Da wir SchülerInnen uns endlich(!) zum Großteil als angehende LohnsklavInnen begreifen müssen, ist es sinnvoll, einen Blick in die Arbeitswelt der „Erwachsenen" zu werfen und aus ihren Kämpfen für Verbesserungen mögliche übertragbare Kampfmethoden für die Schulwelt zu suchen. Das zweite Schlagwort heißt: direkte Aktion.

Denn ArbeitnehmerInnen kämpfen bereits seit langer Zeit immer wieder für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in sogenannten Arbeitskämpfen. Dabei setzen sie leider häufig einerseits auf Verhandlungen durch StellvertreterInnen in Zentralgewerkschaften, doch nutzen sie andererseits beispielsweise auch den Streik als gängige und wirksame Wehrmethode, als direkte Aktion. Die direkte Aktion ist in der Arbeitswelt eine Maßnahme, die durch ökonomischen Schaden (also Einnahme- oder Sachschäden) Druck auf jeweilige UnternehmerInnen ausübt. Bei einem Streik können UnternehmerInnen bspw. keine Produkte mehr verkaufen oder weiterhin Dienstleistungen anbieten, da ihre Angestellten nicht mehr arbeiten. Der Betriebsalltag wird lahmgelegt. Dadurch verlieren die UnternehmerInnen ihre Einnahmen und somit kommt es oft dazu, dass sie dann einlenken und sich auf die Forderungen ihrer ArbeitnehmerInnen einlassen (müssen).

Sicher, SchülerInnen können nicht streiken – so auch im vorangegangenen Artikel aufgezeigt – da sie nichts produzieren und keine Dienstleistungen vollbringen. In einem Schulbetrieb wird generell kein Profit erzeugt, abgesehen vom Kaffeeautomaten oder der Mensa. Wirtschaftliche Druckmittel werden hier also schwierig. Aber es gibt noch eine ganze Reihe anderer direkter Aktionen, die leider von den großen Zentralgewerkschaften nie angewandt werden, aber dennoch gerade interessant für uns SchülerInnen sein können. Direkte Aktionen müssen nämlich nicht immer in erster Linie wirtschaftlichen Druck erzeugen. Ihre Hauptsache liegt lediglich darin, die Bedürfnisse der Betroffenen – in dem Fall von uns SchülerInnen – unmittelbar zu befriedigen, ohne Umwege wie Verhandlungen oder Abstimmungen in schulpolitischen, bürokratischen und fremdbestimmten Institutionen wie der SchülerInnenvertretung



(SV). So bleiben den SchülerInnen vor allem die (direkten) Aktionsfelder des Boykotts und der Sabotage.

Diese tauchen bisher nur vereinzelt innerhalb von Schulen auf und wenn, dann meistens unorganisiert und isoliert, also so, dass sie kaum Verbreitung in andere Klassen oder gar Schulen finden. Wir können daher leider nur wenig Erfahrungsberichte vorweisen, möchten hier aber dennoch zwei Beispiele von Sabotage und Boykott zur Verbildlichung nennen:

1. Boykott: Kommen in einer Klassenarbeit Themen ran, die nicht abgesprochen waren, oder treten andere Unstimmigkeiten auf, so kann man nach vorheriger Verständigung mit seinen MitschülerInnen die Teilnahme an der Arbeit kollektiv verweigern (boykottieren). Der Notendurchschnitt sinkt so stark, dass die Arbeit nachgeschrieben werden muss, dann hoffentlich mit den gewohnten Themen.

2. Sabotage: Kleben SchülerInnen die Schlösser der Klassenzimmer zu, so können diese nicht betreten werden und der Unterricht kann nicht stattfinden. Der schulbetriebliche Alltag wird unterbrochen. Dieser Zustand kann für die Umsetzung diverser Forderungen genutzt werden.

Betont sei an dieser Stelle nochmal ausdrücklichst,

dass diese zwei Beispiele aus einer nahezu unendlich großen Bandbreite an möglichen Aktionen stammen. Klammert euch nicht an sie und entwickelt selbst kreativ der Durchsetzung eurer Bedürfnisse angemessene Vorgehensweisen.

Wichtig bei direkten Aktionen ist immer, dass diejenigen die sie ausführen sich darüber im Klaren sind, was sie mit ihnen bezwecken möchten. Dies ist nicht nur für sie selbst wichtig, sondern vor allem für die Leute, gegen die sich die direkte Aktion wendet. Gerade ihnen gegenüber, also LehrerInnen, Schulleitung etc., müssen die eigenen Anliegen gut formuliert sein, sodass sie auch die Möglichkeit haben, auf eure Forderungen einzugehen. Und gerade das ist ja in eurem Interesse. Allerdings, um Forderungen überhaupt glaubwürdig nach außen tragen und direkte Aktionen zuverlässig durchführen zu können, ist der Rückhalt einer möglichst großen Gruppe von Vorteil, EinzelkämpferInnen haben es meist nur schwer. Solidarität ist die halbe Miete.

Solidarität ist zudem eine relativ normale, verständliche Sache. Sie bedeutet gegenseitige Hilfe. Alle SchülerInnen sollten ihre Bedürfnisse gegenseitig ernst nehmen und versuchen sich nach Notwendigkeit und Möglichkeit gegenseitig zu unterstützen. Andernfalls macht der selbstorganisierte Zusammenschluss wenig Sinn und wir werden weiter in Konkurrenz und Leistungsdruck lernen müssen. Nicht nur bei Aktionen selbst, sondern gerade auch bei möglichen Repressionen (Strafmaßnahmen) durch LehrerInnen usw., ist ein fester Zusammenhalt unerlässlich. Solidarität sollte jedoch kaum ein Hürde für uns darstellen, ist sie doch so natürlich. So unterschiedlich ausgeprägt unsere Wünsche nach Verbesserung auch teilweise sein mögen, wir kämpfen doch alle gegen die gleichen GegnerInnen: LehrerInnen, Schulleitung, letztendlich auch gegen die Schulpolitik, ja die Politik allgemein und das Kapital, welches die Triebfeder fast jedes (partei-)politischen Handelns bleibt und immer bleiben wird, wenn wir nichts dagegen tun. Wir kämpfen gemeinsam gegen die Fremdbestimmung!

Um also alltägliche Verbesserungen erzielen zu können, ist es zu aller erst wichtig, sich mit seinen MitschülerInnen auseinanderzusetzen und zu diskutieren. Im Laufe dessen muss man sich selbst organisieren, Aktionen entwickeln und durchführen, die eure Probleme direkt angehen. Viel mehr lässt sich theoretisch nicht vorwegnehmen, da dieser kollektive, bzw. syndikalistische Kampf von der Praxis lebt und die Praxis gerade an Schulen kaum erprobt, geschweige denn dokumentiert ist. Dieser Artikel ist daher ein Appell an alle unzufriedenen SchülerInnen: Macht eure Jugend wieder wild! Schließt euch solidarisch zusammen, sabotiert und boykottiert das jetzige Bildungssystem in die Knie! Nehmt eure Sache wieder in die eigenen Hände! Knüpft Kontakt zu den Menschen aus eurem Umfeld, zu syndikalistisch kämpfenden Angestellten und Organisationen und zeigt, dass nur wir mit unseren Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Kampf gegen die Prinzipien der bestehenden Ordnung, nämlich Leistung, Konkurrenz und Fremdbestimmung eine Chance haben! Seid mutig, aktiv und kreativ, denn: Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Jung, billig und verbraucht

Aber auch verzweifelt? Minijobbende und ihr möglicher Mut zum Widerstand!

War das ein anstrengender Tag! Nach acht Stunden in der Schule, der Uni oder Ausbildung wollen viele von uns nur noch eins: Freizeit! Doch müssen da erst noch Hausarbeiten erledigt oder sich für die nächste Prüfung vorbereitet werden. Aber dann heißt es doch endlich... ? Arbeiten?! Na, toll.

Nicht wenige junge Leute müssen sich zum Taschengeld oder anderen monatlichen Bezügen etwas dazu verdienen. Das Leben kostet schließlich, insbesondere auch für diejenigen, die nicht mehr bei den Eltern leben. Für einen Stundenlohn, der selten die 7,50 Euro übersteigt, heißt es dann, telefonieren, abwaschen, kellnern, kassieren, Regale einräumen, Waren schleppen und so weiter. Solche, die auf Grund persönlicher Beziehungen möglicherweise eine etwas besser bezahlte Aushilfstätigkeit, wie etwa Babysitten oder Nachhilfe ergattern konnten, haben zwar in der Regel relatives Glück, jedoch ändert das nichts an diesem einen grundsätzlichen Umstand: Wir sind gezwungen, nach der „Arbeit“ zu arbeiten. Um uns einen gewissen Lebensstandard sichern zu können, müssen wir eine bis zu 70 Stunden-Woche in Kauf nehmen. Ausgehen mit FreundInnen bleibt häufig auf der Strecke, alte und neue Hobbys sowieso. Die Freizeit, die bleibt, kann häufig nur noch mit Erholung und nicht mehr mit Unternehmungen gefüllt werden. Unser Leben dreht sich um alles andere, nicht aber um uns selbst.

Es ist kein Einzelfall und schon gar nicht Zufall, dass viele sogenannten Minijobs nachgehen müssen. Für Betriebe sind wir günstige und unkomplizierte Arbeitskräfte. Wir ersetzen immer häufiger einst regulär und höher bezahlte Vollzeitstellen. Günstiger sind wir für den Betrieb vor allem auf zwei Wegen: Für 400 Euro Jobs müssen weitaus weniger Abgaben von der ArbeitgeberInnenseite gezahlt werden, zusätzlich sind vor allem die Löhne für ebenjene Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich meist recht gering. Begründet wird jener geringe Stundenlohn oft mit fehlenden Qualifikationsanforderungen – ein nicht haltbares, dreistes Argument, steht es doch unserem Bedürfnis nach weniger Arbeitszeit und besserer Entlohnung direkt entgegen. Abgesehen davon arbeiten viele





überqualifizierte „Erwerbslose“ unter diesen prekären Umständen. Diese sind meist gelernte oder studierte Fachkräfte, die sich weit unter Wert verkaufen müssen, bloß für einen kleinen, aber dringlichen Hinzuverdienst zum Hartz-Satz.

Dass wir kostengünstig arbeiten ist bei Weitem, wie gesagt, nicht der einzige Anreiz für UnternehmerInnen, vermehrt geringfügige Beschäftigungsstellen einzurichten. Da es sich vielfach um junge (und unerfahrene) Menschen handelt, können Chefs ungestört schalten und walten. Die jungen Angestellten sind selten kämpferisch, nicht zuletzt auch deswegen, weil es Minijobs wie Sand am Meer gibt und der Verlust eines Beschäftigungsverhältnisses nicht Weiterbeschäftigung an einem anderen Ort ausschließt. Eigentlich eine seltsame Schlussfolgerung...

Welchen Umstand jedoch junge und alte, erfahrene MinijobberInnen oft gemeinsam teilen, sind spärlich ausgeschmückte Arbeitsverträge. Häufig fehlen genau geklärte Zuständigkeitsbereiche, Regelung von Urlaubstagen, bezahlte Krankheitstage... die Palette reißt nicht ab.

Was sind das für Zustände!? Haben damals ArbeitnehmerInnen in blutigen Kämpfen den 8-Stunden-Tag errungen, hat er sich nach und nach, klammheimlich wieder aus unserem Leben geschlichen. Wir opfern unsere geistigen und körperlichen Kapazitäten für ein Leben voller Leistungsdruck auf der einen und Ungewissheit auf der anderen Seite. Und damit nicht genug. Auch innerhalb dieses Rahmens versuchen nicht wenige zu schweigen und alles einfach auszuhalten, hinzunehmen, auszusitzen. Wir funktionieren, scheuen Konflikte, die uns angeblich nur aufhalten könnten. Doch warum diese Scheu!? Gerade die Tatsache, dass wir schnell an neue Minijobs gelangen können, sollte uns zu kampflustigen Angestellten machen, die wieder selbstbewusst ihre eigenen Bedürfnisse in die Hand nehmen. Was haben wir also zu verlieren, wenn wir Arbeitskampfmaßnahmen ergreifen?

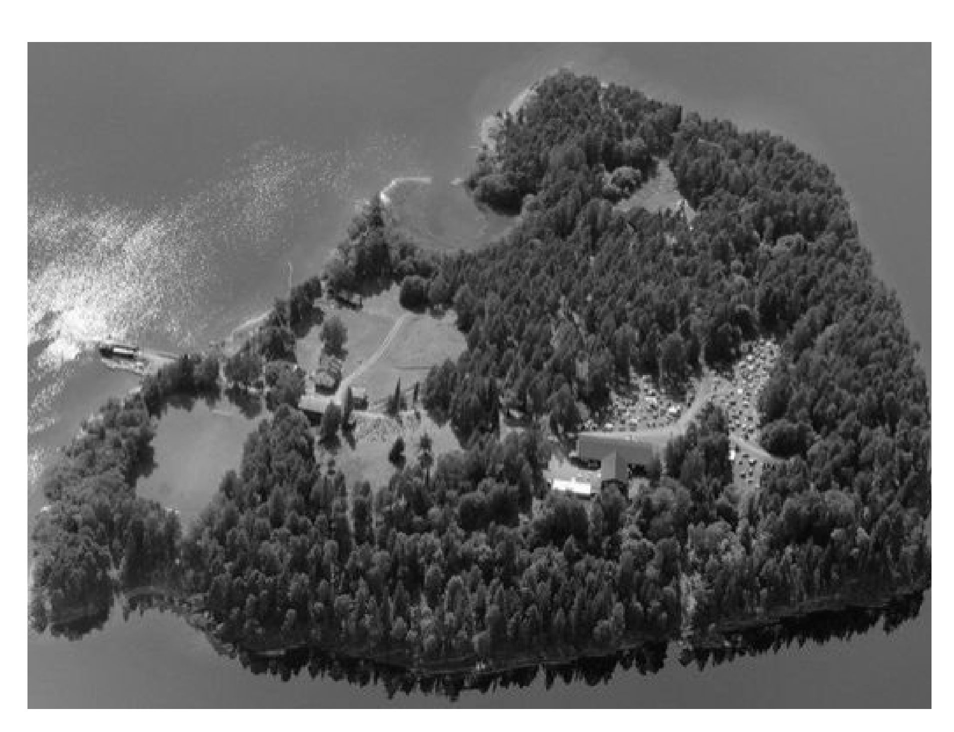
Der erste Schritt des Kampfes muss ein Austausch sein. Reden wir wieder mit unseren Mitmenschen über die Dinge, die uns etwas angehen. Zu Hause, in der Freizeit und auch vor allem auf der Arbeit; persönlich, aber auch in größeren Versammlungen. Schnell werden wir merken: Wir sind nicht die Einzigen, die Missstände beklagen. Eine gemeinsame Kommunikation ist die Basis für ein Handeln zur Verbesserung unserer Arbeitsumstände. Manchmal reicht es auch vorerst, sich und seine KollegInnen über ein paar arbeitsrechtliche Standards aufzuklären. Es kommt nämlich oft genug vor, dass auch selbst solche in Betrieben nicht eingehalten werden. Gegen sie vorzugehen ist mehr als ein Leichtes. Für alles andere ist kreatives und direktes Eingreifen in den Berufsalltag den gefragt, beispielsweise durch Boykottaktionen, Sabotagen oder auch Streiks. Wichtig ist, dass wir nach Möglichkeiten uns mit so vielen KollegInnen wie möglich austauschen und verbünden.

Die Bedingungen für die Schaffung von Minijobs wurden gesetzlich und finanziell immer mehr erleichtert. So wurde die steuerfreie Verdienstgrenze immer weiter angehoben und die zu leistenden Sozialabgaben immer weiter herunter geschraubt. Heute Laufen ganze Supermärkte, Callcenter und Nachhilfeschulen auf der Basis von MinijobberInnen. Reguläre Beschäftigungen und somit auch zukunftsweisende Existenzen werden der Reihe nach vernichtet. Diese Zustände lassen sich nicht durch die Politik verändern, vielmehr werden sie von ihr gefördert. Auch die großen Gewerkschaften bieten keine ernste Hilfestellung in Sachen Minijob (sofern sie diese überhaupt „normalen“ Angestellten bieten.) Die einzige Chance, die uns bleibt, ist, als Betroffene direkt gegen unsere Chefs vorzugehen, ohne scheinbar notwendige Hilfspersonen von außen. Dafür wollen wir wieder in Kontakt zueinander treten und als Betroffene vernetzen. Fangt an, direkt bei euch, in eurem Betrieb!



Oslo 7/22

Der folgende Artikel stammt von einem Genossen der libertär-sozialistischen Organisation Motmakt aus Oslo.



Am Nachmittag des 22. Juli kam die erste Nachricht über den Bombenanschlag im Regierungsviertel Oslos. Einige Stunden später dann über das Massaker im jährlichen Ferienlager der Parteijugend der SozialdemokratInnen, wobei 69 Jugendliche getötet wurden. Sowohl norwegische, als auch internationale Medien gingen von Beginn an davon aus, dass die Anschläge von einer islamistischen Gruppierung durchgeführt worden waren. Noch am Abend erlebten mehrere ImmigrantInnen verbale und körperliche Attacken durch PassantInnen in Oslo.

Diese Reaktion aber verdeutlicht viel mehr die von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit geprägte gesellschaftliche Situation, die diesen Angriff überhaupt erst ermöglicht hat, als dass sie rational zu erklären versucht, wer für diesen Anschlag verantwortlich sein könnte. Denn alle bisherigen Terroranschläge in Norwegen wurden von Rechtsradikalen durchgeführt, nicht aber von IslamistInnen. Seit den siebziger Jahren gab es immer wieder rechtsradikale Bombenanschläge und Schießereien, wobei unter anderem ein linker Buchladen, das autonome Jugendhaus "Blitz" und eine Moschee, sowie 1. Mai Demonstrationen und AsylantInnenheime betroffen waren. Dazu kommen mehrere Morde. Der Anschlag von Anders Behring Breivik kann demnach als in dieser Tradition stehend gesehen werden. Jedoch sind zwei Punkte an dieser Untat einzigartig: Erstens, das Ausmaß und die Grausamkeit des Angriffes und zweitens, das Weltbild des Täters, welches durchaus nicht als rechtsradikal bezeichnet werden kann, da es viele Gemeinsamkeiten mit den rassistischen Anschauungen hat, die sich tief im medialen Leitbild Europas verankert haben. So ist der Täter bis 2006 Mitglied der rechtspopulistischen "Fremskrittspartiet" (Die Fortschrittspartei) und von 2002 bis 2007 in deren Jugendorganisation aktiv gewesen. Von Einzelpersonen rechtspopulistischer Parteien Europas wurde er für seine Tat gelobt.

Hinter dieser Tat steht ein 1500 Seiten umfassendes Manifest, das er eine Stunde vor dem Angriff veröffentlichte. Zusammengefasst wird dieses in einem Video auf der Internetplattform Youtube mit dem Titel "The Knight Templar 2083". A. B. Breivik versteht sich als Kreuzritter, der in einer Welt, die von einem seit tausend Jahren fortgesetzten Bürgerkrieg zwischen Moslems und ChristInnen geprägt ist, für das christliche Europa kämpft. Er glaubt, Europa sei von einer "Islamisierung" bedroht, die von "islamistischen Gruppierungen" und "KulturmarxistInnen" durch Massenimmigration bewusst herbeigeführt wird. Der Angriff an sich ist allerdings nicht als Schlacht im Bürgerkrieg der Religionen zu verstehen: Im Vordergrund stand die Bekanntmachung seines Manifests.

In vielen Ländern ist der Angriff als Anschlag auf Norwegen interpretiert worden, so auch in Norwegen selber. Nationalfahnen waren dort als Symbol für den Widerstand gegen den Täter und im Trauerprozess allgemein verwendet worden. Gleichzeitig wurden die Trauerfeiern von sozialdemokratischen und antifaschistischen Elementen begleitet. Doch auch in dieser Verwirrung sollte jede/r klar bedenken, dass diese Untat kein Angriff auf Norwegen war, sondern ein rechtsradikaler Angriff auf die gesamte ArbeiterInnenbewegung, die linken Flügel, ebenso auf alle antirassistischen, antifaschistischen und allgemein emanzipatorischen Kräfte, die für ein multikulturelles und offenes Europa kämpfen. Weder die norwegische Gesellschaft, noch der Hintergrund des Täters, bestimmten Norwegen zwangsläufig als Tatort.

Dass der Täter sich auf eine Rhetorik und Denkweise bezieht, die in unserer Gesellschaft weit verbreitet ist, macht es umso wichtiger, diese Denkweise, egal wo sie in Erscheinung tritt, zu bekämpfen. Die Anschläge in Oslo vom 22. Juli zeigen, wozu der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit, die sich als Antwort auf die Krisen und Probleme in Europa verbreiten, führen können. Dadurch stellt sich uns ganz klar die Frage: Wie soll die Gesellschaft aussehen, in der wir leben? Eine Gesellschaft in der wir in Angst voreinander leben und zulassen, dass PolitikerInnen und Medien Bevölkerungsgruppen brandmarken und zu Sündenböcken machen, oder eine Gesellschaft in der wir unsere Erfahrungen austauschen, über unsere Probleme gemeinsam sprechen und sie lösen und unser Leben in die eigene Hand nehmen?

Termine

2.9. | 22 Uhr | "Wahllos glücklich!?"-Soliparty
Soli-Party (HipHop & Trash) für die "Wahllos glücklich!?"-Kampagne in der K9 (Kinzigstr. 9, U Samariterstr.)
(siehe Artikel)
Infos/Termine: wahllos.blogsport.de

3.9. | 14 Uhr | große Mieten-Stopp-Demo
"Jetzt reicht's! Gegen Mieterhöhung, Verdrängung und Armut!"
Los geht's am Hermannplatz.
Aufruf und Infos: mietenstopp.blogsport.de

7.9. | 17 Uhr | Open Mic
Veranstaltung im Rahmen der "Wahllos glücklich!?"- Kampagne. Ihr findet uns in der "Kuhle" im Görlizer Park.

8.-10.9. | 20 Jahre Bunte Kuh-Festival
Unter dem Motto "Disteln im Beton" soll das 20-jährige Bestehen mit vollem musikalischem Programm gefeiert werden.
(Bernkastlerstr. 78) Infos: buntekuh.blogsport.eu

9.9. | 17 Uhr | Antira-Einkauf
Antira-Einkauf in Hennigsdorf: Bargeld gegen Gutscheine (siehe Artikel).
Infos: uri.blogsport.de

9.9. | 19.30 Uhr | Record-Release-Party
Berlinska Droha feiern das Erscheinen ihrer neuen CD. In diesem Rahmen werden auch die FAU Berlin und wir mit gepackten Infokoffern dabei sein. Im Lovelite (Simplonstraße 38).

10.9. | 13 Uhr| "Freiheit statt Angst"-Demo
Stoppt den Überwachungswahn! Los geht's am Pariser Platz.
Infos: blog.freiheitstattangst.de

10.9. | ab 20 Uhr | FAU-Solitresen
Freier Kicker, kühle Getränke, Musik, vegane Snacks im Zielona Gora (am Boxhagener Platz).

11.9. | 21 Uhr | Kiezcorner
Veranstaltung im Rahmen der "Wahllos Glücklich?!"-Kampagne mit Filmvorführung zum Thema Selbstverwaltung und anschließender Diskussion. Ihr findet uns im Volkspark Friedrichshain, links hinterm Eingang Paul-Heyse-Straße/Danziger Str.

17.-24.9. | Libertäre Tage in Dresden
Unter dem Motto „Utopien entdecken!" wird es eine Woche voller Information und Aktion geben – es passiert das, was du (mit-)organisierst!
Mehr Infos: utopienentdecken.blogsport.de

22.9. | 16 Uhr | Großdemo gegen den Papst
Los geht's am Brandenburger Tor.
"Papstbesuch in Berlin zum Desaster machen"-Aktionstage vom 22.-25.9.
Infos: nea.antifa.de/notwelcome

Wer sind wir und was wollen wir?

Selbstverständnis der ASJ Berlin

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher, mit dem Ziel gesellschaftlicher Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und Jugendlichen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Konzerte, Partys und Filmvorführungen, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in der Schule, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Veranstal-tungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Wenn Du also unter 25 bist, deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen willst, dann komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam Lösungen finden.

Wir treffen uns jede Woche Dienstags 18.00 Uhr im FAU-Lokal Lottumstraße 11 (U Rosa-Luxemburg-Platz). Im Internet unter www.asjberlin.blogsport.de

ASJ-Gruppen:



Leipzig
http://asjl.blogsport.de/
asj-leipzig@googlegroups.com

Göttingen
http://asjgoe.blogsport.de/
asj-nds@gmx.de

Bonn
http://asjbonn.blogsport.de/
asjbonn@riseup.net

Mainz
http://asjmainz.blogsport.de/
asjmz@hotmail.de

Moers
http://asjmoers.blogsport.de/

Berlin
http://asjberlin.blogsport.de
asj-berlin@riseup.net

Herne/ Recklinghausen
http://asjruhrpott.blogsport.de/
asjruhrgebiet@riseup.net

Region Ost
http://asjregionalfoederationost.blogsport.de

Region NRW
http://asjnrw.blogsport.de/

